

Sozialdezernentin Busch spricht von Zuwanderern und nicht von Flüchtlingen

Andernorts sind die Errichtung von Zeltstädten und die Herrichtung von abgetakelten Baumärkten für die Unterbringungen geplant. In Bergkamen ist die Lage längst nicht so dramatisch. Das geht aus einem Bericht hervor, die die Sozialdezernentin Christine Busch jetzt dem Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales vorgelegt hat.



Christine Busch

Auch in Bergkamen hat es einen sprunghaften Anstieg von Asylbewerbern aus den Kriegsgebieten gegeben. In diesem Jahr wurden bisher 122 Männer, Frauen und Kinder zugewiesen. 2013 waren es noch 57 und 2012 lediglich 27. Sie alle leben nicht in Notunterkünften, sondern in Wohnungen, über die die Stadt verfügt, oder angemietet wurden. Deutschland leistet hier übrigens im Vergleich zu anderen wirtschaftsstarken europäischen Ländern eine „normale“ Form dieser humanitären Hilfen.

In keinem Fall will Christine Busch es zu Verhältnissen kommen lassen, wie sie Anfang der 1990er Jahre in Bergkamen herrschten. Damals sorgten die kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan dafür, dass die Stadt bis

zu 600 Flüchtlinge unterbringen musste. Dies geschah in Containern und führte zu unwürdigen Verhältnissen.

Damals war der Wohnraum wegen der vielen Neubürger knapp, die nach dem Mauerfall aus der ehemaligen DDR nach Bergkamen kamen. Heute ist die Bevölkerungszahl rückläufig. Es stehen deutlich erkennbar viele Wohnungen leer.

Friede in den Herkunftsländern noch eine Utopie

Und noch etwas ist anders: Während vor 20 Jahren davon auszugehen war, dass nach dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien die Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren werden, gibt es keinerlei Anzeichen dafür, dass sich die fürchterliche Lage im Nahen Osten oder den anderen Krisengebieten auch nur mittelfristig beruhigen wird.

Christine Busch geht deshalb davon aus, dass die Asylbewerber, die es oft unter Einsatz ihres Lebens bis nach Bergkamen geschafft haben, hier bleiben wollen und auch in vielen Fällen müssen. Sie möchten deshalb nicht von „Flüchtlingen“ sprechen, sondern von Zuwanderern, die möglichst schnell integriert werden.

Dreh- und Angelpunkt sind hier die Sprachkenntnisse. Bei Kindern ab 6 Jahren ist dies relativ einfach. Sie unterliegen der Schulpflicht. Zu ihrem Bedauern ist es wegen der geringen Zahl der Kinder nicht möglich, vor dem eigentlichen Schulbesuch eine Sprachlernphase in Gruppen mit bis zu 15 Mädchen und Jungen zu schalten. Sie besuchen von Anfang an die Regelklassen. Um diese Anfangsphase zu verbessern, will Christine Busch, sie ist auch Schuldezernentin, das Kommunale Integrationszentrum (ehemals RAA) einschalten. Ausdrücklich begrüßt sie die Ankündigung von Landeschulministerin Sylvia Löhrmann, 2015 für diesen Sprachunterricht 300 zusätzliche Lehrkräfte einzustellen.

Land erstattet nur einen geringen Teil der Kosten

Bei den Erwachsenen ist die Bergkamener Volkshochschule eine der Anlaufstellen für Zuwanderer, die Deutsch lernen wollen. Während VHS-Leiterin Sabine Ostrowski noch vor einem Jahr davon ausging, dass die Integrationskurse im Jahr 2016 wegen fehlenden Bedarfs auslaufen werden, hat sich die Situation grundlegend geändert. Die Sprachlernkurse sind rappellvoll. Das gilt auch für andere Anbieter wie Multi Kulti oder die AW0. „Wir unterrichten Menschen aus 17 Nationen“, so Sabine Ostrowski.

Finanziert werden die VHS-Sprachkurse für Flüchtlinge mit Fördermitteln aus dem „Europäischen Sozialfond“ der EU. Dadurch wird die Bergkamener Stadtkasse nicht belastet. Die Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber in Bergkamen kostet in diesem Jahr voraussichtlich fast 1,5 Millionen Euro. Davon werden der Stadt lediglich rund 380.000 Euro erstattet. Andere Bundesländer übernehmen übrigens bis zu 100 Prozent der Kosten.